

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Aufstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourmarken.

Erhalten mit Ausnahme
des Montag täglich 1923.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 23. August 1923.

Nr. 196.

Genossen und Genossinnen!

Sonntag den 25. August werden die amtlichen Rundmachungen über die Gemeindevahlen in der Tschechoslowakischen Republik ausgegeben werden. Die Gemeindevahlen finden darnach in allen Orten am Sonntag den 16. September statt. In die Zentralverwaltungskörperschaft von Groß-Prag wird an demselben Tage gewählt, während die Wahlen in die Ortsausschüsse der zu Groß-Prag zusammengeschlossenen Gemeinden am darauffolgenden Sonntag, dem 23. September, stattfinden.

Die Frist zwischen der Ausschreibung der Wahlen und dem Wahltag beträgt nur drei Wochen. Alle unsere Organisationen müssen sofort die Wahlarbeit beginnen.

Stellet die Kandidatenlisten zusammen!

Ernennet die Vertrauensleute in die Wahlkommissionen!

Vor den Wahlen.

Die große Täuschungskomödie ist gelungen. Die Koalitionsparteien haben den elenden Betrug an der gesamten Öffentlichkeit vollführt, es ist geglückt, den Termin der Gemeindevahlen geheim zu halten. Wie ein Schlag, der Betäubung zurückläßt, trifft die Bewohner dieses Staates die Nachricht, daß die Gemeindevahlen bereits am 16. September stattfinden. Die Blätter der Koalitionsparteien brachten jeden Tag über den Termin der Gemeindevahlen eine andere Meldung. Anfänglich wichen die Angaben um Monate von einander ab, dann schwankte man zwischen dem kommenden September und Oktober, schließlich orakelte man von einem Sonntag der zweiten Septemberhälfte. Noch am Montag wußte die mit der Kramarschpartei eng verflochtene „Narodni Democracie“ zu berichten, daß der 23. September als Wahltag ausersuchen sei.

Die „kompetenten Organe“ hatten sich natürlich schon längst und nicht erst „im letzten Augenblick“ entschieden und die mit ihnen verbündeten Parteien waren gewiß seit Wochen und vielleicht schon seit Monaten über das endgültige Datum genau unterrichtet. Wenn sie alle vereint die Öffentlichkeit in so frivoler und konsequenter Weise irre geführt haben, so konnte das nur in dem drückenden Gefühl geschehen, daß für sie bei diesen Wahlen sehr viel auf dem Spiele steht, sie müssen den Boden erschreckend unter sich wanken fühlen und versuchen alles, auch eine ehr- und würdelose Komödie, um so vielleicht zu retten, was sich noch retten läßt. Indem sie wohl vorbereitet, mit allen technischen Behelfen versehen, in den Wahlkampf treten, während ihre absichtlich desorientierten, überrumpelten Gegner in der letzten Minute das Notwendigste zusammenkräften müssen, hoffen sie, ihre höchst unsicher gewordenen Mandate in den Gemeinden in ihrer Hand behalten zu können. Wer so die Kniffe und Methoden aus der ungarischen Puzta in die westlichen Regionen der Tschechoslowakei zu übertragen sich bemüht sieht, ist innerlich von Angst und Schrecken erfüllt, der sieht den großen Jahrtag nahen.

Bei den Gemeindevahlen von 1923 werden eben die Unnatur und der Widerspruch offenbar werden müssen, die der Regierungskoalition zu Haupten stehen, das eine Schlagwort von der Notwendigkeit einer allnationalen Front wird nicht ausreichen können, um die inneren Gegensätze zu verhüllen, welche die Regierungsmehrheit in sich trägt. Bisher konnten in den Gemeinden die Gewählten der Regierungsparteien, wie oft sie auch zu den Interessen ihrer Wähler in Gegensatz treten mochten, sich als die Träger des Vertrauens der Massen durch die Stimmzettel dieses Vertrauens bestätigen, und daran zweifeln die ehrenwerten Mandatäre. Um sich selbst im Wahlkampf behaupten zu können, wird jeder

In weniger als vier Wochen, am 16. September, werdet Ihr zur Wahlurne gerufen, um darüber zu entscheiden, wen Ihr mit der Verwaltung eurer Gemeinden betrauen wollet. Erst vier Jahre sind es her, seitdem die Gemeindeverwaltungen, die früher der Tummelplatz der besitzenden Klassen gewesen waren, unter die Kontrolle des arbeitenden Volkes gekommen sind. Der Sturm der Revolution hat die Burgen des Privilegienwahlrechtes gebrochen und Ihr habet in einer der stolzen Schlachten, die Ihr je geschlagen, gezeigt, daß Ihr den ersten Willen habet, die Herrschaft des arbeitenden Volkes in den Kommunen aufzurichten. Zum ersten Male haben Männer und Frauen des arbeitenden Volkes die Leitung vieler Gemeindeverwaltungen in ihre Hände genommen und der bürgerlichen Welt zu Trost gezeigt, daß der arbeitende Mensch nicht nur in der Fabrik und im Geschäft, in der Kasse und im Amt, in Schule und Haus das schafft, was den übrigen Menschen das Leben möglich macht, sondern daß er auch die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu führen fähig ist. Die große geschichtliche Stunde, in der die arbeitenden Menschen zeigen sollten, daß sie aus Untertanen zu Staatsbürgern geworden sind, daß sie sich selbst verwalten und regieren können, hat ein großes Geschlecht gefunden und es hat sich gerade in den Gemeindeverwaltungen geoffenbart, daß das arbeitende Volk auf dem besten Wege ist, über sein Schicksal mitzubestimmen.

Run ist abermals der Augenblick gekommen, der von Euch eine Entscheidung verlangt, nun gilt es wieder, eine schwere Schlacht zu schlagen. Unsere Reihen müssen sich schließen, um den stolzen Sieg, den wir errungen haben und die unauslöschlich in unsrer Erinnerung leben, einen neuen gewaltigen Erfolg hinzuzufügen! Unser alterprobter Kampfergeist, der Stolz und die Würde, die uns die Arbeit verleiht, das Vertrauen in die siegverheißende Zukunft unserer Klasse rufen unsere Kampfergeist wach und spornen uns an, unsere Kräfte mit den alten Klassegegnern zu messen. Gegen uns, die wir nur auf unsere eigene Kraft gestellt sind, werden sich alle zusammenschließen, denen die bestehende Gesellschaftsordnung Vorrecht und Reichtum gibt, alle sonst aufgebauerten Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien werden verschwinden vor dem einen gemeinsamen Gegensatz gegen uns, die erbitterten Feinde aller Vorrechte, die Vorkämpfer einer Ordnung, welche freie Bahn schafft für alle, die vorwärts und aufwärts streben.

Mit dem Vertrauen der Wähler ausgestattet, haben wir Sozialdemokraten die Leitung vieler großer deutschen Gemeinden in diesem Staate übernommen und in anderen Gemeinden an der Gestaltung des Schicksals unserer Städte und Dörfer tätig und oft entscheidend mitgewirkt.

von den Koalitionsbrüdern dem andern die fastigsten Wahrheiten an den Kopf werfen, das Gleichgewicht unter ihnen, dieses sorgsam gehütete, von Sprüngen und Schründen zerrissene Nährmischicht, kann über diesen Bruderzank jämmerlich in die Brüche gehen. Die Herren von der Pösta haben immerhin nach Freischen und Handeln stets wieder miteinander gepackelt — im Wahlkampf, angeführt der Millionen von Wählern, ist diese Packelei schlechterdings eine Unmöglichkeit. Die Koalitionsparteien haben wohl gewußt, weshalb sie die Wahlen hinausgeschoben, jede Befragung der Bevölkerung wie Feuer gemieden haben. Nicht nur schlechtweg die Furcht vor den Wählern hat sie dazu veranlaßt, sondern die Erkenntnis, daß der Wahlhader untereinander und die Verschiebung des gegenseitigen Kräfteverhältnisses ihrem notdürftigen Bündnis allzuleidlich ein Ende setzen könne. Die Wahlen in den Gemeinden werfen ihre Schatten auf die künftigen Wahlen ins Parlament voraus. Ja, so gern auch die Koalition die Nationalversammlung konservieren möchte, so leicht kann es geschehen, daß die Septemberrabstimmung in der Tschechoslowakei, wenn ihr Ergebnis in gar zu großem Gegensatz zur Mandatsverteilung im Parlament steht, auch neue Wahlen in das Parlament erzwingt.

So wie im tschechischen Volk, werden auch in den deutschen Lagern die Gemeindevahlen

Wähler und Wählerinnen!

Wir haben die Korruptionsnester des deutschen Bürgertums ausgehöhlet und der Vetterwirtschaft des progredenden Besitzes ein Ende gemacht.

Wir haben vier Jahre lang unverdrossen und zäh uns bemüht, die Verwaltung der Gemeinden zu einem Werkzeug der arbeitenden Menschen zu machen. Die deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter haben den schärfsten Kampf gegen das einer demokratischen Republik unwürdige bürokratische Herrschaftssystem, das die Gemeinden hemmt und drangsaliert, aufgenommen und bei jeder Gelegenheit die

freie nationale Selbstverwaltung

gefordert. Sie haben die selbständige nationale Verwaltung des Schulwesens und aller kulturellen Wohlfahrtsanstalten entschieden und rücksichtslos verlangt und die vorhandenen Rechte zäh verteidigt. Sie haben neben diesem schweren und unermüdbaren Kampf mit der staatlichen Bürokratie und Befehlsgebung und trotz aller Hindernisse finanzieller Art ungeheuer viel an praktischer Arbeit geleistet.

Die sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen lieferten Beispiele für die Lösung der

Wohnungsfrage,

ohne die keine soziale Fürsorgetätigkeit irgendeinen Erfolg haben kann. Die Wohnungsbauten mancher größeren Gemeinde legen durch ihre innere und äußere Ausstattung wie durch ihren Umfang herabes Zeugnis dafür ab, was ein kommunales Gemeinwesen unter umsichtiger Führung zu leisten imstande ist. Wie hart sie auch selbst finanzielle Nöte drücken mochten, haben sich doch die Gemeinden, in denen die deutschen Sozialdemokraten Einfluß hatten, der mitleidenden Arbeitslosen und ihrer Familien angenommen, Lebensmittel, Heizmaterial und Kleider beschafft, die Gemeindeverwaltungen arbeiteten Projekte und Kostenboranschläge für Notstandsbauten aus und drängten die Regierungsstellen, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Sie waren gemeinsam mit den Gewerkschaften bemüht, in der

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

das öffentliche Gewissen aufzurütteln und die Regierung mit Entschiedenheit an ihre Pflicht zu mahnen.

Auf allen Gebieten der kommunalen Verwaltung und Fürsorge haben wir Sozialdemokraten — wenn auch beschränkt durch die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten und politischen Hindernissen — unsere Pflicht voll und ganz erfüllt. Und so wie wir das Versprechen, das wir unseren Wählern vor vier Jahren gaben, gehalten haben, so werden wir auch weiter für die Rechte des arbeitenden Volkes mit all unserer

Kraft, Leidenschaft und trotigen Zähigkeit weiter kämpfen.

Die Wahlen in die Gemeindevertretungen finden in einer Zeit statt, da Ihr, Wähler und Wählerinnen, sehen könnet, wie es in der

kapitalistischen Gesellschaftsordnung

um Euch bestellt ist. Hunderttausende von Arbeitslosen wissen nicht, wovon sie am nächsten Tage leben sollen, die Wirtschaft dieses Staates liegt in einer schweren Krise darnieder, ganz Europa ist von fürchtbaren Wirrnissen zerrissen, in die es die Kapitalisten aller Nationen gestürzt haben. Gewissenloser Eigennutz und hemmungsloser Ausbeutungsdrang der besitzenden Klassen drohen die Welt zu verelenden, die Massen der arbeitenden Völker in tiefe Not zu stürzen und unter das alte Joch zu beugen. Soll die Welt nicht dem Untergang verfallen, dann müssen wir die Kräfte aus und entwickeln, um einer Ordnung des Unrechtes, des Jammers und des namenlosen Elends ein Ende zu setzen. Alle diejenigen, welche von dem Unglück der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, das Heer der Bergarbeiter, das gegenwärtig in einen harten Existenzkampf um sein Dasein verwickelt ist, sie alle müssen in den wenigen Wochen vor der Wahl zu Agitatoren werden und die Menschen darüber aufklären, daß ihre Pflicht am Wahltag darin besteht, und ihr Ehrgefühl als arbeitende Menschen es ihnen gebietet, die Vertreter der Arbeiter und Angestellten mit der Verwaltung der Gemeinden zu betrauen.

Gemeindevähler! Arbeiter und Arbeiterinnen! Angestellte und Beamte! Kleinbauern und Kleinhandwerker!

An Euch liegt es nun, am Wahltag zu handeln! Ihr habt während der jahrzehntelangen, durch das Privilegienwahlrecht gesicherten unbeschränkten Herrschaft des Bürgertums in den Städten, der Großgrundbesitzer und Bauern auf dem Lande ununterbrochen Ursache zur bittersten Klage gehabt. Um eure Wünsche haben sich die Gemeindeverwaltungen nicht gekümmert und auch während des Krieges galt ihre Sorge nicht Euch. Bekennet mit dem Stimmzettel, daß Ihr den Sozialismus wollt, daß Ihr entschlossen seid, mitzuarbeiten an dem Aufbau einer neuen Gesellschaft, welche die Welt von allen Schrecken des Krieges und des bewaffneten Friedens befreit, welche den Massen des wirtschaftlich geknechteten Volkes die Befreiung bringt!

Mühet den Wahltag! Die Muskeln gestrafft, die Herzen stark, die Fahne hoch!

Es lebe die völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Die Ueberrassigungswahlen.

Die Wahlen in die Gemeindevertretungen sind bereits endgültig auf den 16. September anberaumt. Gleichzeitig mit der angekündigten Ausschreibung der Gemeindevahlen ist auch die erste Wahlliste der Koalition deutlich enthüllt worden. Das Datum der Wahlen wurde in heimlicher Art nur den Koalitionsparteien bekanntgegeben, die infolgedessen schon wochenlang Vorbereitungen für den Wahlkampf treffen konnten und auch trafen, wie aus folgenden Beweisen ganz klar hervorgeht. Vor zehn Tagen schon brachten die tschechisch-sozialdemokratischen Blätter „Nova Doba“ in Pilsen und „Duch Casu“ in Mährisch-Ostrow ein gleichlautendes Telegramm der Prager tschechisch-sozialdemokratischen Parteikorrespondenz, demzufolge die Gemeindevahlen am 16. September stattfinden werden. Ein einer Koalitionspartei angehörender Redakteur hatte hier scheinbar aus der Schule geplaudert und es folgte auch sofort ein halbamtliches Dementi dieser Nachricht im „Prager Abendblatt“. Einige Tage später veröffentlichte die Brüner „Kobnost“ Angaben aus einem vertraulichen Rundschreiben der tschechisch-sozialdemokratischen Partei, das ihr in die Hände gefallen war. In diesem Rundschreiben wurde „streng vertraulich“ bekanntgegeben, daß die Wahlen wahrscheinlich am 16. September stattfinden würden. Der eklatanteste Beweis für die Hinterlist der politischen Drahtzieher der Koalition ist aber ein, natürlich auch „streng“ vertrauliches, Rundschreiben der tschechischen nationalsozialistischen

die Verteilung der Kräfte aufzeigen und über die politischen Machtverhältnisse entscheiden. Hier wird der reine Klassenkampf zur Entfaltung kommen. Hier die Sozialdemokratie, die Verteterin der Interessen der arbeitenden Bevölkerung, dort die Preisfechter des Kapitalismus in allen erdenklichen Vermummungen: als Nationale, Alerikale, Agrarier, Hafenkreuzler. Ihnen gilt der Kampf, den wir heute beginnen, ihnen wollen wir die Machtstellung entreißen, die sie an vielen Orten noch behaupten, vor ihrem wütenden Angriff die Erregungenschaften schütten, auf die unsere sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen mit gerechtem Stolz verweisen dürfen. Nicht als Unerprobte, durch keine Leistung Bewährte werden wir um das Vertrauen der deutschen Wähler, wir haben, wo die Mehrheit in unseren Händen lag, den Unbehausten Wohnungen beschafft, den nach Kulturgütern Hungernden Büchereien und Fernstätten errichtet, in schweren Tagen den Ernährungsdienst geordnet, die aus den Zeiten der Kuriervertretung überkommenen Vorrechte schonungslos beseitigt. Soll die Entwicklung in den Gemeinden auf diesen Wegen fortschreiten, müssen die Gemeinden sozialdemokratisch bleiben, wer bürgerlich wählt, führt die Gemeinwesen zurück in den Sumpf der Fachbürgerlichkeit und der klassenegoistischen Enge.

Partei vom 11. August, in dem versichert wird, daß die Gemeindevahlen ganz bestimmt am 26. August ausgeschrieben und am 10. September stattfinden werden.

Während also bei den Koalitionsparteien alle Vorbereitungen für den Wahlkampf bereits im vollen Gange waren, wußten die außerhalb der Regierungskoalition stehenden Parteien von der beabsichtigten Durchführung der Wahlen nichts.

Als die ersten Gerüchte über die Abhaltung der Gemeindevahlen auftraten, waren wir bemüht, Räures in Erfahrung zu bringen. In sämtlichen Kreisen und von einigen maßgebenden Koalitionsfaktoren wurde uns versichert, daß noch nichts feststehe.

Was ein tschechoslowakischer Soldat vom Sozialismus wissen darf.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Zeit, die der Soldat beim Militär verbringt, auch dazu verwendet wird, ihn zu belehren, seinen geistigen Horizont zu erweitern, seine Allgemeinbildung zu vertiefen.

Bemerkenswert ist, daß die Ausführungen, um die es sich handelt, vor allem antimarxistisch sind.

Das entspricht der tschechischen Geistigkeit, die wohl nicht am Sozialismus vorbeigehen kann, aber allem, was nur entfernt an Marx erinnert, in weitem Bogen ausweicht und gerne einen spezifisch tschechischen Sozialismus gegenüber dem Marxismus, der als deutsche Form des Sozialismus bezeichnet wird, schaffen möchte.

Der Kampf der Bergarbeiter. Der dritte Streiktag

Die während der letzten zwei Tage unerbittlich geführten Besprechungen mit einzelnen Vertretern der Zentralstreikleitung und der Bergwerksbesitzer Nordböhmens haben vorläufig das Ergebnis gezeitigt, daß für den 23. August Verhandlungen zwischen beiden Parteien zwecks Ermittlung von Grundlagen zur Beendigung des Streites, die auch für die anderen Revier richtungsgewand sein müßten, anberaumt wurden.

Trotzdem ein gewisses Entgegenkommen zur Ermittlung dieser Grundlage auf beiden Seiten besteht, beurteilt die Zentralstreikleitung die Situation nicht besonders optimistisch.

Gegenüber der Meldung mancher Blätter über eine Aussprache der Grubenbesitzer beim Ministerium für öffentliche Arbeiten, worin behauptet wird, daß am 8. August ein Übereinkommen vereinbart wurde, stellt die Zentralstreikleitung ausdrücklich fest, daß am 8. August keine Vereinbarung getroffen wurde.

Die Bergwerksbesitzer von Falkenau haben ebenfalls den Lohnvertrag gekündigt, die Kündigungsfrist währt bis zum 5. September.

lung, die da der Verfasser stolz zur Schau trägt. Ihm scheint die Konzentration des Kapitals und die Umverteilung der Produktivkräfte unter wenige große Kapitalisten ein unbekanntes Land zu sein.

Die vielen Ungereimtheiten, die der Verfasser noch an den Tag bringt, wollen wir gar nicht erst aufzählen. Herausgreifen wollen wir nur des Verfassers Behauptungen, daß die heutigen Sozialisten das Marx'sche System schon längst aufgegeben und es fortgiert hätten (was wohl von den tschechischen Nationalsozialisten gilt, in deren Kreisen der Verfasser auch zu suchen sein wird).

Der Streik wirt.

Beendigung einen besonderen Einfluß nicht ausüben können.

Der Zentralstreikleitung ist eine Reihe von Solidaritätskundgebungen zugegangen. Neben den Kundgebungen der politischen Arbeiterparteien und Gewerkschaftszentralen, die der Zentralstreikleitung zugingen, erwähnen wir besonders die Erklärung der „Union der fortschrittlichen Studentenschaft in Prag“.

Der Streik wirt.

Beim Zentralstreikauschuß laufen täglich eine Menge Gesuche um Kohlenzuweisung ein, u. zw. gerade von jenen Unternehmungen, die der Arbeiterschaft gegenüber seit jeher eine feindselige Haltung an den Tag legen.

Meldungen aus allen Revieren zufolge, ist der Streik allgemein. Ohne Einschränkung aber wird — den Weisungen des Zentralstreikkomitees gemäß — in den Kolkereien in Mährisch-Ostrau und Kollsch gearbeitet.

An alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten!

Am 20. August sind die Bergarbeiter in der Tschechoslowakei in den Streik getreten. Schon vor mehreren Wochen machten sich Anzeichen diesen neuen Kampfes im Bergbau bemerkbar.

Zu gleicher Zeit, als in Mährisch-Ostrau über die durch die Unternehmer hervorgerufenen Streitfragen verhandelt wurde, wurde in Nordböhmen die Kündigung in Aussicht gestellt.

Vorstoß gegen die Lebenshaltung der Grubenarbeiter

Unter der Mitwirkung von Regierungsvertretern machten die Grubenbesitzer in Mährisch-Ostrau den Arbeitern einen Ausgleichsvorschlag unter Zugrundelegung einer Lohnherabsetzung von 18 Prozent.

Auflast bilden würde zu noch schlimmeren Lohnherabsetzungen

und noch größeren Verschlechterung in den übrigen Kohlengebieten der Tschechoslowakei, lehnten die koalitierten Bergarbeiterverbände auf ihrer Reichskonferenz vom 16. August nach neuerlicher vergeblichen Verhandlungen mit den Unternehmern den Vorschlag der Grubenbesitzer ab und beschlossen einmütig am 20. August in allen Revieren die Arbeit einzustellen.

Alle Bergleute der Tschechoslowakei stehen geschlossen im Abwehrkampf gegen den Vorstoß der Unternehmer. Ihren großen und schweren Kampf, den das rücksichtslose Auftreten der Grubenkapitalisten hervorgerufen und verschuldet hat, zu unterstützen, ist die

Sache der gesamten organisierten Arbeiter und Angestellten der Tschechoslowakei.

Es wird den Unternehmern nicht gelingen, durch Entstellung von Tatsachen die organisierte Arbeiterschaft davon abzubringen, ihre Pflicht gegenüber dem allgemeinen Streik der Bergarbeiter zu tun.

In der gleichen Geschlossenheit, in der die Bergarbeiter den berechtigten Abwehrkampf angenommen haben, müssen die übrigen Arbeiter an deren Seite stehen und gewissenhaft die Weisungen befolgen, die von den Zentralstellen der Be-

Bilder aus Rumänien.

Von E. v. Bielen.

Zeit dem Weltkrieg ist Rumänien ein so großer Staat, daß es am liebsten Großstaat sein möchte, indes ist es wirklich nur ein dem Gebiet nach großer Staat.

Da habe' ma herein Nach Großwardein weckt heute historische Erinnerungen. Großwardein, das ungarische Nagymaros, heißt heute Oradea Mare und ist der Ausgangspunkt für eine der großen innerumänischen Schnellzugslinien, die freilich schon vor dem Kriege bestanden hat.

heute, von diesen freilich nur zwölf als echte Rumänen, die anderen sind Strainii, das heißt Fremdlinge, was der geachtete Rumäne etwa so ernst auffaßt wie der orthodoxe Jude den Begriff „Goi“.

Inbesondere die Deutschen läßt es der König aus deutschem Geblüt und sein ewiger Bräutigam fühlen, daß sie auch in den deutschen Gebieten Großrumaniens Fremde sind.

Daß alle Firmenschilder an erster Stelle in rumänischer Sprache abgefaßt sein müssen, ist in Neurumänien restlos durchgeführte. Ebenso die Straßennamen.

beliebte Farben geworden. Auch „Alexandru“ Stobats bedient sich dieser Farben und ein Wiener Kaffeehändler, der auch dort eine Niederlassung hat, hatte gar das Bed, seinen Vornamen zum zweitemal national anpassen zu müssen.

In Temesvár wurde mir glaubwürdig berichtet, daß der Polizeichef die Kaffeesieder zu sich „hol“, um ihnen seine Wünsche wegen der Speckstunde und der Preise bekanntzugeben.

Sie standen unter dem Bann der Polizeidrohung: Wenn ihr etwas über das Prügeln sagt, dann wird es euch das nächstemal noch viel schlimmer ergehen. Dennoch sidern die Geschichten durch, und zwar recht grausliche Geschichten, deren eine genügt, um das Wollen der „Siguranga“, der „geheimen“ Staatspolizei, die nach dem Vorbild der berühmten Džurana unseligen russisch-zaristischen Angeborenen gebildet ist, darzutun.

Werkstätten zur Unterstützung des Kampfes der Bergarbeiter erlassen werden.

Alle Maßnahmen zur erfolgreichen Unterstützung des Kampfes der Bergarbeiter geschahen im vollständigen Einvernehmen mit den drei sozialistischen Bergarbeiterverbänden.

Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes in der tschechoslowakischen Republik.

Eine Sitzung der Exekutive der Zentralgewerkschaftskommission hat sich gestern mit dem allgemeinen Streik der Bergarbeiter beschäftigt und beschlossen, in einem kurzen Aufrufe alle dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Arbeiter und Angestellten zur größtmöglichen Unterstützung dieses Kampfes aufzufordern.

Die bürgerliche Presse heht weiter.

Die bürgerliche Presse setzt ihre Angriffe gegen die Bergarbeiter in mehr oder weniger verdeckter Weise fort. Am aggressivsten benimmt sich dabei der „Venkov“, welcher ganz offen auf die Seite der Grubenbarone getreten ist.

Der Bergarbeiterstreik dauert nun zwei Tage, aber es ist bereits offenbar geworden, daß er nicht lange dauern wird. Die allgemeine Unlust, mit der die Arbeiter den Streik angetreten haben, ist nicht die Atmosphäre, in der er lange währen könnte.

Den eingetroffenen Meldungen zufolge ist die Arbeit in allen Revieren eingestellt. Eine geringe Zahl Arbeitender auf den entlegenen Zechen in Braß und bei Göding fallen nicht ins Gewicht und es steht zu erwarten, daß auch dort die Arbeit eingestellt werden wird.

Es ist also Tatsache, daß der Streik ein allgemeiner ist und daß die Bergarbeiter mit der größten Entschlossenheit in den Streik getreten sind, weil sie sich eine Herabdrückung ihrer Lebenslage nicht gefallen lassen können.

Wer sich den Lohn nicht abbauen läßt, und wer gegen den Lohnabbau aufzumucken vermag, ist natürlich ein Staatsfeind. Die Agrarier sehen die Arbeiter nur dann als Patrioten an, wenn sie wenig Lohn nehmen und dafür hohe Getreidepreise bezahlen.

Zu dem patriotischen „Venkov“ gesellt sich noch das nicht minder patriotische „Prager Tagblatt“, welches etwas vorsichtiger zu Werke geht, im übrigen aber in dasselbe Horn stößt. Als Beweis hierfür nur wenige Sätze. So wird im gestrigen Leitartikel geschrieben:

„Die Welt ist abgehärtet gegen Streiks... Man fürchtet auch keine Kosten... Warum die Arbeiterhaft sich zum Streik entschlossen hat, ist nicht ganz leicht erklärlich... Diejenigen haben wohl recht, welche die Entscheidung zum Generalstreik auf kommunistischen Einfluß zurückführen...“

Man sieht also auch hier das Bestreben, den Existenzkampf der Bergarbeiter zu einem politischen umzubeden. Im Innern des Blattes wird wieder erzählt, daß die Bahnen Kohlenvorräte auf vierzehn Tage haben und daß die Industrie länger als einen Monat imstande ist, mit ihren Kohlenreserven auszukommen. Damit vergleiche man nun wieder die Kundmachung des Zentralstreitkommissars, in der es heißt:

„Bei Streitausschüß laufen Ansuchen von Industriebetrieben um Bewilligung von Kohlenlieferungen ein. Der Streitausschüß kann Ansuchen dieser Art in den ersten Tagen des Streikes nicht erliegen.“

Während also das „Prager Tagblatt“ es förmlich als Glück der Industrie hinstellt, daß der Bergarbeiterstreik ausgebrochen ist, die Industrie als Kohlenverbraucherin befindet sich in der traurigen Lage, es als Glücksfall betrachten zu können, daß sie in einer Zeit störenden Abflares ihren Kohlenbedarf einschränken muß, sind die Industriellen anderer Meinung und überlaufen das Zentralstreitkomitee mit Forderungen nach Bewilligung von Kohlenlieferungen. Derart sind also die Informationen des sich als neutral ausgebenden „Prager Tagblattes“, das — wenn auch in etwas geschickterer Form als der robustere „Venkov“ — die Interessen der Kohlenunternehmer vertritt. So dient der Streik der Bergarbeiter dazu, daß die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung erkennen, von welcher Bestimmung ihnen gegenüber die bürgerliche Presse erfüllt ist.

Hilferdings Rettungsprogramm.

Der letzte verfassungsmäßige Versuch. — Bildung eines Devisenfonds. — Androhung drakonischer Strafen (Vermögenskonfiskation). — Die eingeschüchterten Bürgerlichen stimmen den sozialdemokratischen Vorschlägen zu.

Berlin, 22. August. (Eigenbericht.) Heute nachmittags fand in der Reichskanzlei die Besprechung der Parteiführer mit der Reichsregierung statt. Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister schilderten die gegenwärtige politische Situation, insbesondere die traurige Finanzlage des Reiches. Es sei die Absicht der Reichsregierung, alles zu tun, was wirtschaftlich und finanziell eine Erleichterung verspreche.

Die Regierung sei sich bewußt, daß sie das letzte verfassungsmäßige Kabinett sei; versage sie, dann gäbe es nur noch Gewalt. Sie werde deshalb gegebenenfalls vor diktatorischen Mitteln, die der Rettung Deutschlands dienen könnten, nicht zurückschrecken.

Die Ablieferung der Devisen zur Bildung eines Devisenfonds zur Sicherung der Einfuhr und zur Vornahme einer Stützungsaktion für die Mark sei jetzt dringend erforderlich. Jeder Vermögenssteuerpflichtige werde verpflichtet, gegen Goldbankehe Devisen abzuliefern. Wer keine Devisen habe, könne in Papiermark zeichnen; die eidesstattliche Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes, über die Beteiligung an ausländischen Unternehmungen und ausländischen Effekten werde in zweifelhaften Fällen ersetzt werden müssen durch den Eid. Für falsche Angaben und Unterlassung von Angaben seien die für Meineid geltenden Strafen in Aussicht genommen und außerdem die Konfiskation des Vermögens. Die Verordnung über die Devisenabgabe werde in kürzester Frist veröffentlicht werden; die Maßnahmen sollen rasch durchgeführt werden.

Die Parteiführer billigten die Maßnahmen der Regierung in vollem Umfange; sie billigten insbesondere, daß die Erfassung der Devisen vorgenommen werde auf Grund des § 48 der Reichsverfassung ohne langwierige Beratungen im Parlament.

Die sozialdemokratischen Vertreter wiesen insbesondere darauf hin, daß von vornherein kein Zweifel darüber ausflommen dürfe, daß die Verordnung unter allen Umständen schärfstens durchgeführt werde; alle Devisen müßten abgegeben werden.

Auch die Frage der Reichsbankleitung spielte in der Debatte eine Rolle. Hier ist in kürzester Frist eine Entscheidung der Reichsregierung zu erwarten, die dem bisherigen Zustand, daß die Reichsbankleitung die Maßnahmen der Reichsregierung durchkreuzt, sowohl in personaler als auch in sachlicher Beziehung durchgreifend ändert.

Die Reichsregierung hat sich damit sämtliche von der Sozialdemokratie erhobenen Forderungen zur Schaffung stabiler Verhältnisse zu eigen gemacht; sie dürfte sich aber schon jetzt nicht im Zweifel darüber sein, daß noch weitergehende Maßnahmen durchgeführt werden müssen, wenn sich die neuen Verordnungen als nicht ausreichend genug erweisen sollten.

Donnerstag spricht Hilferding, Freitag Stresemann.

Berlin, 22. August. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler wird nicht, wie gemeldet, am Donnerstag im Hauptausschuß des Reichstages die angekündigte politische Rede halten, sondern erst Freitag bei einer noch nicht bekannten Gelegenheit sprechen. Die Rede dürfte sich neben einer Begründung der bevorstehenden finanzpolitischen Maßnahmen in der Hauptsache auf die letzten Erklärungen Poincarés beziehen.

In den Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages am Donnerstag, der sich mit der finanziellen Lage des Reiches befaßt, wird der Reichsfinanzminister Genosse Hilferding die einleitenden Ausführungen geben.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

Berlin, 22. August. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, daß sich die kürzlich abgehaltene Konferenz der deutschen Ernährungsminister mit folgenden Fragen befaßt hat: 1. Es muß durch Anziehung der Steuerfahnde der Inflation Einhalt gemacht werden; 2. Es muß Vorkriegswirtschaft in Getreide, Kartoffeln, Zucker, Fett, Milch und Butter betrieben werden. — Ernährungsminister Dr. Luther gab ein trübes Bild der allgemeinen Wirtschaftslage, er konnte jedoch feststellen, daß die Versorgung mit Rohstoffen zufriedenstellend ist. Ein Antrag der mitteldeutschen Staaten auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft wurde einstimmig abgelehnt, dagegen einstimmig beschlossen, gegen eine weitere Erhöhung der Frachten für Getreide und Lebensmittel Einspruch zu erheben.

Gegen die Sabotageakte der Unternehmer.

Berlin, 22. August. (Eigenbericht.) Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Angestelltenbund haben ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, das sich gegen die Absicht der Unternehmer wendet, in umfangreicher Weise eine Stilllegung oder Einschränkung der Betriebe

durchzuführen. Auf Grund der Demobilisierungsbestimmungen müsse sofort alles geschehen, um die Unternehmer zu zwingen, von ihren Drohungen Abstand zu nehmen. Der fürchterliche Ernst der Lage gebiete, keinen Tag zu veräumen, um diese Forderungen der Gewerkschaften durchzuführen.

Doch Arbeiterhaß und die Begeisterung aller Aktionen des kämpfenden Proletariats bildet beileibe nicht das Monopol der Prager bürgerlichen Presse; auch seine Ableger in der Provinz, die mit kleineren Gaben aus den Replikenfonds der Regierung und des Kapitals aufgeschwepelten Schriftleiterungen bleiben nicht zurück, wo es gilt, der Arbeiterschaft eins aufs Zeug zu stellen. So hören wir das Pressezeugnis des durch seine Ohrfeigenaffären im gleichen Maße wie durch die Regierungssubventionen berühmten Saager Wolf die streikenden Bergarbeiter anbellend:

„Die Haltlosigkeit der von der sozialdemokratischen und namentlich von der deutschen sozialdemokratischen Presse erhobenen Vorwürfe, daß nämlich die Regierung ein bestimmtes Revier, in diesem Falle das Ostrauer Revier, durch Herabsetzung der Kohlenabgabe bevorzuge, erhellt daraus, das Ministerpräsident Svebha in seiner Erklärung betont hat, daß die Herabsetzung der Kohlenabgabe für Steinkohle auf zehn Prozent notwendigerweise auch eine Herabsetzung der Kohlenabgabe in den Braunkohlenrevieren in entsprechendem Maße nach sich ziehen müsse.“

Freilich, da der Wägen des Wolf nicht in übertrieben freundlichem Lichte gezeichnet wurde, ist es die selbstverständliche Pflicht des Saager Asterlings, seinem Herrn beizuspringen. Und das geht wohl am leichtesten, indem kurz und bündig jeder Vorwurf, der das so reine Schild des Herrn Svebha bescheiden könnte, für haltlos erklärt wird. Der Saager Adler kann nicht anders: einmal droht ihm der Entzug der Subvention, das andere Mal die Ohrfeige; wahrlich, es ist nicht leicht bezahlter Regierungsjournalist zu sein. . . .

Blutopfer der französischen Soldateska.

Essen, 21. August. (Wolff.) Bei der Bewachung eines Depots wurde ein Schloffer der Eisenbahnwerkstätte Witten von den Besatzungstruppen erschossen. Einzelheiten fehlen.

tschechischen Schriftsteller F. Berthel und Brocha als La behilfflich waren. Er sagt, daß eine Ablegung dieser Last nicht möglich ist und daß die Akademie ihr Archiv öffnen sollte, damit er auch den übrigen tschechischen Schriftstellern beweise, daß sie österreichischtreue Gedichte im Kriege schrieben.

Ausland.

Zerlegung von 28 amerikanischen Kriegsschiffen.

Die Washingtoner Regierung hat sich nunmehr entschlossen, 28 ihrer Kriegsschiffe zu zerlegen und so den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zu genügen, das für die Gesamttonnage der verschiedenen Seemächte eine bestimmte Höchstgrenze festgelegt hat. Bisher hatten die amerikanischen Behörden den Auftrag nicht gegeben, weil Frankreich das Abkommen erst jetzt ratifiziert hat. England hat, ohne die Ratifikation abzuwarten, die entsprechende Zahl von Kriegsschiffen schon abmontiert. Als Anlaß einer Abrüstung ist die Tatsache immerhin zu begrüßen, so wie das Washingtoner Abkommen als freiwillige Anerkennung der gegenseitigen Kräfteverhältnisse zur See Anerkennung verdient. Allzuviel Aufhebens freilich braucht man von dem Vorgange nicht zu machen, weil in künftigen Kriegen die Bedeutung der großen Fahrzeuge stark zurücktreten dürfte. Unterseeboote und Luftschiffe werden eine ganz andere gefährliche Waffe darstellen. Bevor nicht auf diesen Gebieten unter strengster Kontrolle Rüstungseinschränkungen obligatorisch auferlegt und der Giftgaswissenschaft das Handwerk gelegt wird, bedeuten die freiwilligen Rüstungseinschränkungen der kapitalistischen Imperien nicht vielmehr als eine schöne Geste.

Telegramme.

Das Treiben der Unternehmer, Syndikalist und Kommunisten im Ruhrgebiet.

Berlin, 22. August. (Eigenbericht.) Ueber die Zustände im Ruhrrevier macht der Sonderkorrespondent des „Berliner Tagblattes“ beunruhigende Mitteilungen. Er sagt, daß trotz des Uebergewichtes der freien und christlichen Gewerkschaften der Einfluß der Syndikalist und Anarchisten sich immer steigere. Diese Elemente ständen heute zu den Kommunisten in einem viel schärferen Gegensatz als die Kommunisten zu den Sozialdemokraten. Die Syndikalist seien die Quelle der passiven Resistenz in den Bergwerken; sie dringen tief in die Anhängerschaft der kommunistischen Partei ein. Sie hätten auch die ehemalige Franzosenfreundlichkeit des linken kommunistischen Flügels übernommen. Diese Beobachtungen stimmen mit den Erfahrungen überein, die man auch anderswo machen kann, besonders nach dem verunglückten Generalstreik. Die skrupellose Agitation der Kommunisten treibt überall große Teile der Arbeiter in das Lager der Syndikalist oder der Syndikalist, was praktisch ziemlich dasselbe ist.

Bitter beschwert sich der Korrespondent über das Verhalten der Unternehmer, die sich bei allen Lohnverhandlungen zuerst gegen alle Forderungen der Bergarbeiter aufs äußerste sträuben und erst dann die notwendigen Konzessionen machen, wenn es zu spät ist. Jetzt erhalten die Bergarbeiter 100.000 Mark pro Stunde weniger als die Metallarbeiter und diese Lohnfestsetzung hat die Lage von neuem erschüttert. In den verantwortlichen Kreisen des Ruhrgebietes wird gesagt, daß man bis heute unterschätze, welche Gefahren drohten, wenn nicht endlich einmal eingesehen würde, daß jede wirtschaftliche Handlung im Ruhrgebiet eine politische Wirkung habe.

Die Not der bayrischen Zeitungen.

München, 22. August. (Wolff.) In einer Sitzung des Vorstandes des Vereins bayrischer Zeitungsverleger wurde eine Entschlieung gefaßt, in der es heißt: Infolge der ungerechtfertigten, das tarifliche Vorkriegseinkommen übersteigenden Löhne sehen sich die bayrischen Zeitungsverleger außerstande, ihre Betriebe aufrecht zu erhalten und genötigt, ihre Betriebe unter Umständen schon in den nächsten Tagen stillzulegen. Da die Stilllegung von unabsehbaren Folgen sein würde, richten sie an die Regierung die Bitte, mit der Presse und den graphischen Gewerben zusammen über einen Weg zu beraten, der über die kritische Lage hinwegzuhelfen geeignet wäre.

Der General macht Kriegsbente.

Düsseldorf, 21. August. (Sabas.) Da die aus dem Titel der Reparationen sich ergebenden Lieferungen nicht eingehalten wurden, beschloß General Degoutte, alle gegenwärtigen und zukünftigen Vorräte an Kohle, Koks und Nebenprodukten zugunsten der Besatzungsmächte mit Beschlag zu besetzen. (Jetzt fehlen dem französischen General nur noch die deutschen Arbeiter, die ihm die eroberten Trophäen heinschaffen würden.)

Inland.

Das tschechische Element wird „gehoben“ nicht nur in Deutschböhmen, sondern auch im Teschener Gebiet. Die „Mlejza Obrana“ sagt, daß dank der Tätigkeit der Gemeindeverwaltungs-kommissionen im Teschener Gebiet, die anstelle der frei gewählten Gemeindeorgane gewählt worden waren, der polnischen Freudenta das Genid gebrochen und das tschechische Element gehoben wurde. Wirtschaftlich habe der tschechische Kampf allerdings nicht die Erfolge erzielt, wie er gewünscht habe, da das Kapital zum größten Teil in den Händen der Deutschen geblieben sei. Der politische Einfluß der Deutschen sei jedoch dank der dreijährigen Arbeit der Gemeindeverwaltungskommissionen erheblich geschwächt, wenn auch nicht ganz beseitigt worden. — Es ist interessant, daß ein tschechisches Blatt die Entnationalisierung der Minderheitsvölker frei eingesteht. Bisher wurde dies immer geleugnet.

Dr. Tula kommt zurück. Der wegen seiner angeblich staatsfeindlichen Propaganda verfolgte Slowakenführer Dr. Tula wird — wie die „Dobro Noviny“ mitteilen — in Hofstich bei Göding in einer Volksversammlung zusammen mit dem Abg. Slinka sprechen.

Die Oesterreich treuen Dichter. In den tschechisch-fortschrittlichen Blättern wird anlässlich der bevorstehenden Gemeindevahlen ein heftiger Kampf gegen die Merikalen geführt. Dabei werden gegen den tschechisch-Merikalen Dichter Dostal-Lubdwin wegen seiner im Kriege verkrafteten „Tschechisch-österreichischen Hymne“, in der die Waffenbrüderschaft der Tschechen mit Oesterreich gepriesen wird, heftige Vorwürfe erhoben. Dostal-Lubdwin antwortet nun mit der interessanten Feststellung, daß er von der „Böhmischen Akademie“ zum Schreiben einer böhmisch-österreichischen Hymne aufgefordert wurde, wobei ihm die

Frankreichs Arbeiterschaft gegen den blinden Lenker Poincaré.

Sie erklärt die Ruhrbesetzung als einen unverzeihlichen Fehler.

Paris, 22. August. Der Verwaltungsausschuss des Allgemeinen Arbeiterbundes beschäftigte sich gestern mit der internationalen Lage und beschloß die Veröffentlichung einer Erklärung, in der es heißt:

Angeichts des Ernstes der internationalen Lage wiederholt der Verwaltungsausschuss seinen Protest gegen die Haltung blinden Lenker, die seit 4 Jahren betreibt die elementarsten Bedingungen mitschneiden, die für die Wiederherstellung des Friedens und zum wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau Europas unumgänglich notwendig sind. Der Ausschuss erinnert daran, daß der Allgemeine Arbeiterbund als bald nach Beendigung der Feindseligkeiten im

Einfluß mit der Arbeiterinternationale und in Zusammenarbeit mit den deutschen Arbeiterorganisationen einen Reparationsplan ausgearbeitet hat, der die Ruinen zum Verschwinden gebracht und das Werk der Völkerverbündeten und Sicherheit gefördert hätte. Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes wird von dem Ausschuss selbst als ein schwerer Fehler bezeichnet, der schädlich für die Reparationen und ein unverzeihlicher Fehler im Hinblick auf den Handel zwischen den Völkern sei. Der Ausschuss versichert die deutschen Arbeiter seiner Solidarität.

Poincarés Antwortnote.

Schlageter als „Kronzeuge“. — Bei Aufgabe der passiven Resistenz „Aenderung“ der Ruhrbesetzung und beträchtliche Erleichterung der Besetzungslasten. — Keine politische oder annexionsistische Absichten. — Frankreich wünscht nicht Deutschlands Ruin. — Furcht vor der Wiedererklärung Deutschlands. — Poincaré wünscht geheime Verhandlungen.

Paris, 22. August. Die französische Antwort auf die englische Note vom 11. August füllt die ersten Seiten des heute vormittag ausgegebenen neuen Gelbbuches. Die eigentliche französische Note ist in ihrem ersten Drittel nichts anderes als eine geschichtliche Darlegung der Reparationsverhandlungen bis zur Feststellung der deutschen Nichterfüllung durch die Wehrheit der Reparationskommission im Januar 1923. Dann folgt ein langer Abschnitt über die Gefesmächtigkeit der Besetzung des Ruhrgebietes, im nächsten Abschnitt, der die Ueberschrift „Ruhrbesetzung“ trägt, führt Poincaré aus, daß Frankreich das Ruhrgebiet besetzt hätte, wenn es mit politischen Hintergedanken vorgegangen wäre. Das Ruhrgebiet sei lediglich besetzt worden, um Pfänder zu erfassen und einen Druck auf das widerstrebende Deutschland auszuüben.

Poincaré spricht weiter von dem passiven Widerstand und versucht, zu beweisen, daß dieser Widerstand von Berlin aus organisiert wurde. Er hebt dabei hervor, daß Schlageter gestanden habe, er habe Beziehungen zu einem Bureau unterhalten, das das Reichswehrministerium selbst in Hamm in Westfalen eingerichtet habe. Poincaré streift in diesem Zusammenhang die Frage, was geschieht, falls die gegenwärtige Situation ein Ende nimmt, wie die französische Regierung es wünscht.

Im Falle der Einstellung des passiven Widerstandes würde die Ruhrbesetzung sich ändern. „Sie würde“, so heißt es wörtlich in der Note, „bei progressiver Räumung nach Maßgabe der Zahlungen unter Bedingungen fortdauern, die von den heutigen ganz verschieden wären. Sie würde die Zusammenarbeit mit den deutschen Organen wieder aufnehmen und daraus würde sich eine beträchtliche Erleichterung der Besetzungslasten ergeben.“

Poincaré verweist dann auf seine Instruktionen vom 10. und 12. Juni, in denen die Maßnahmen aufgezählt seien, die im Falle der Einstellung des passiven Widerstandes getroffen würden und betont wörtlich:

„Wir wiederholen nochmals, daß wir keineswegs den Wunsch haben, länger im Ruhrgebiet zu bleiben, als notwendig sein wird und daß wir weder politische, noch annexionsistische Absichten haben. Wir wissen vollkommen, daß Deutschland uns ziemlich rasch zahlen kann, was es uns schuldet und daß es also in seiner Macht steht, die progressive Räumung zu erlangen.“

Die Note erinnert dann unter der Ueberschrift „Die Reparationszahlungen und die interalliierten Schulden“ an das „sehr bescheidene Programm“, das Frankreich seinen Verbündeten vorgeschlagen habe. Sie hebt dabei die Pariser Entschlieung vom 1. Januar 1921 hervor, in der die Priorität für die Kosten des eigentlichen Wiederaufbaues vorgelesen war und betont, im Anschluß daran, daß Frankreich seine Schuld bei England und Amerika nicht bezahlen werde, ehe es von Deutschland Reparationszahlungen erhalten habe. Poincaré betont, daß Frankreich das von ihm vorgeschlagene System niemals für unantastbar erklärt habe, sondern daß dieses System Änderungen erfahren könne, vorausgesetzt, daß das Prinzip respektiert bleibe. Er bemüht sich dann, nachzuweisen, daß die von England und Deutschland vorgeschlagene Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch einen Ausschuss internationaler Sachverständiger nicht möglich ist, da Frankreich im Verfallener Verträge nur die Reparationskommission beauftragt habe, die deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen. Frankreich erstrebe gewiß nicht den Ruin Deutschlands. Es habe im Gegenteil ein Interesse daran, daß sein Schuldner in eine bessere Lage gelangt und es sei sehr richtig, daß der Zusammenbruch einer großen Nation, wie Deutschland es ist, ernste Rückwirkungen auf ganz Europa hätte.

Zur Verhütung des Ruins Deutschlands darf man nicht auf Kosten Frankreichs und, was sich bald zeigen würde, auf Kosten der anderen Verbündeten eine zu schnelle Wiedererstarbung ermöglichen, die als Ergebnis industrielle und kommerzielle Vorherrschaft haben würde, welche Deutschland vergeblich auf den Schlachtfeldern gesucht hat. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß man die Frage prüfe, wie die Wiederaufrichtung Deutschlands und die Zahlung der Reparationsschulden in Einklang gebracht werden könne. Wir werden dazu bereit sein, sobald der Widerstand aufgehört hat. Poincaré betont am Schlusse der Note, daß Frankreich bereit ist, sich über alle einschlägigen Fragen mit England und den anderen Verbündeten freundschaftlich zu unterhalten und äußert den Wunsch, daß die weiteren Verhandlungen nicht öffentlich, sondern mit mehr Diskretion geführt werden. Er gibt schließlich dem Wünsche Ausdruck, daß den Zahlungen eine Verständigung über die eigentlichen Wiederaufbaukosten voranzutreiben und die Prüfung des Programmes der weiteren Zahlungen auf später verschoben werde.

Von den Randbemerkungen Poincarés zur englischen Note ist hervorzuheben, daß Frankreich ebensowenig wie England daran denke, Deutschland zu demütigen,

daß es sich aber nach den bisherigen Erfahrungen keine Illusionen über die Ergebnisse einer Politik der Schwäche machen könne. Poincaré betont nochmals ausdrücklich, daß der Charakter der Ruhraktion im Falle der Einstellung des Widerstandes progressiv geändert werde und daß nur im Endergebnisse mit den Verbündeten die Pfänder gesichert werden sollen. Er fügt hinzu, daß Frankreich das Ruhrgebiet nicht gegen neue Versprechungen räume, sondern nur gegen Zahlungen. Es liegt also in der Hand Deutschlands, die baldige Rücknahme des Ruhrgebietes zu erlangen, wenn es durch die Sanierung seiner Finanzen eine internationale Anleihe möglich mache und seine Schulden durch Zahlungen abtrage.

Letzte Nachrichten.

Die Drauer Bergarbeiter für eine Streikverhinderung.

Mährisch-Drau, 22. August. Heute fand in Jarubel eine Konferenz der Vorstände der Betriebsräte und der Bergarbeitergruppen des hiesigen Reviers statt, in der nach Erhaltung der Berichte beschlossen wurde: Mit Rücksicht darauf, daß sich bisher keine Anzeichen der Ausgleichung des Konfliktes gezeigt haben, ist für Donnerstag den 23. August eine Konferenz der Dreistreitkassenschüsse aus den Kohlereien u. elektrischen Zentralen einzuberufen, in der beraten werden wird, in welchem Maße und in welcher Form der Betrieb in den Kohlereien eingeschränkt werden kann. Der Zentralstreitkassenschuss wird um die Zustimmung ersucht werden, daß, von Montag angefangen, nur die Arbeiten ausgeführt werden, welche zur Erhaltung der Hochöfen in Glubienen, sowie daß die Arbeiten in den Gruben nur auf die Pumpen und Ventilatoren beschränkt werden. Ebenso wird der Streitkassenschuss ersucht werden, zu der Frage der Einstellung der Kohlereien überhaupt Stellung zu nehmen. Die nächste Konferenz findet Sonntag in Lajz statt.

Amerikanische Kaufleute verlangen eine Intervention in Europa.

New York, 21. August. (Frankfurt.) Die „New York Times“ aus Washington melden, hat ein Ausschuss führender amerikanischer Geschäfts-

leute in einer Unterredung mit dem Präsidenten Coolidge über die geschäftliche Lage des Landes erklärt, die amerikanischen Geschäftsleute würden eine Gelegenheit für die Vereinigten Staaten begrüßen, offiziell oder inoffiziell an der Lösung der europäischen Probleme mitzuhelfen. Es wäre vorteilhaft, wenn diese Hilfe, die die Notlage der weizenbauenden Landwirte vermindern und für die amerikanische Industrie von großem Nutzen sein würde, ohne die geringste Verzögerung geleistet würde.

Tages-Neuigkeiten.

Der Stiefelpuher.

(Ein Beispiel menschlicher Neugier.)

„Sie, Herr Kollege, bitte schön, können Sie mir sagen, was da drüben los ist?“ Der Neugierige deutete mit dem Sinn in die Richtung einer Menschensammlung auf der anderen Seite der Straße. Der Befragte lächelte liebenswürdig.

„Ich kann Ihnen ganz genau sagen, daß ich das selber nicht weiß! Schauen wir halt rüber!“ Was war geschehen? War jemand überfahren worden? War ein Pferd gestürzt? Lag dort auf dem Trottoir etwa ein aus einem Fenster gesprungener Selbstmordkandidat? Hatte man einen Einbrecher ertwischt? Stöhnte da drüben das Opfer einer Messerschere?

Während die beiden die Straße überquerten, stießen auch von anderen Seiten Neugierige zu der Ansammlung. Da waren etwa zwanzig Menschen zusammengedrängt. Da lag aber kein Opfer der Straßenbahn, da streckte sich kein gefallenes Pferd, da war kein Einbrecher ertwischt worden, da jammerte kein Selbstmordkandidat, da war auch nicht die Spur einer Messerschere.

Der Kreis umstand einen Stiefelpuher. Der Stiefelpuher puhte einen Stiefel. Einen großen, dottergelben Stiefel. Der Stiefel gehörte einem kleinen, rundlichen, elegant gekleideten Mann. Elegant, tipptopp von oben bis unten. Sein linker Fuß ruhte auf dem Bänkchen des Puhers und dieser bearbeitete den Schuh eifervoll mit einem Samtlappen so lange, bis das Leder in hellem Glanz erstahlte.

„Was ist denn da los?“ hörte man eben wieder die Stimme eines Neugierigen.

Der Besitzer des spiegelblanken Stiefels sah mit etwas verfürten Blicken in die Runde, die immer neuen Zuwachs erhielt. Er sah nach rechts, nach links, hinter sich, und zog schließlich eine Zeitung aus der Tasche, in der er offensichtlich mit großem Eifer zu lesen begann. Er mühte sich, so zu tun, als wäre er mit dem Stiefelpuher mütterseelenlos, aber verbotenen schwofsten seine Augen immer wieder in die Menge.

„Wahrscheinlich ein Schieber!“ lächelte jemand im Kreise. „Wer sonst kann sich so was leisten. — Ich möchte nur wissen, was das jetzt...“

„Deswegen bleib ich ja auch stehen!“ erwiderte einer seiner Nachbarn, ohne daß er dem andern Zeit gelassen hätte, seinem Gedankengang vollständig Ausdruck zu geben.

Der Kreis blieb und wackelte. Eben kam der zweite „Dottergelbe“ an die Reihe. Der Stiefelpuher reinigte ihn säuberlich vom Staube, rieb ihn säuberlich mit gelblichem Fett ein, liebkoste ihn, mit beiden Händen arbeitend, mit weichen Bürsten.

„Alles recht schön!“ sagte ein junger Mann, der eben die Menge vergrößerte. „Alles recht schön! Aber zum Ausdruck, was ist denn da schon viel dran zu sehen, wann sich einer die Schuhe glänzen läßt!... Obwohl... ich muß schon sagen... wissen möchte ich, was man dafür jetzt eigentlich... na er ist ja bald fertig... gleich werden wir es wissen!“

Der Kreis blieb fest. Zutwischen suchte einer im Gedränge den Blick seines Nebenmannes, lächelnd, als wollte er sagen:

„Ich bin wirklich neugierig! Riesig neugierig! Sie nicht auch?“

Ein arbeitete der Stiefelpuher wieder mit dem Samtlappen. Dann schob er sich sein Magazin von Tiegeln mit verschiedenfarbigem Inhalt näher, tauchte ein Stoffbäuschchen in eine helle Tünke und strich über Soblenkante und Wsch.

Nun schien die Spannung der Angesammelten aufs höchste gestiegen.

„Gleich werden wir es wissen!“

„Wirklich, das muß einen interessieren!“

„Fertig ist er!“

„Na endlich!“

„Jetzt!“

Der Elegante steckte die Zeitung ein. Er besah eine Sekunde lang seine Schuhe, die herrlich glänzten.

Er zog die Brieftasche. Der Kreis wurde enger, die Häufe streckten sich. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Blicke aller dem Vorgang. Und in aller Augen lag die eine Frage:

„Was kostet jetzt das Stiefelpuhen?“

Der „Gepuhte“ zahlte.

Vier Kronen.

Er ging.

„Vier Kronen!“ durchflog es den Kreis.

„Vier Kronen! Eine schöne Zeit, in der man auf so etwas neugierig ist!“

Die Menge vertiefte sich...

Kurses in Aitenberg bei Deutsch-Giezhübel (Bezirk Deutschbrod) und die Auffassung der staatlichen Lehrwerkstätte für Korbflechterei in Wallachisch-Meseritzsch (Mähren) und Wolin (Bezirk Strakonitz), sowie des staatlichen Wanderkurses für Korbflechterei in Sillersdorf in Schlesien verfügt.

Wie sich die Amerikaner den lieben Gott vorstellen. Im Merikalen „Tiroler Volksboten“ findet sich folgende Notiz aus St. Jobot:

Gott läßt seiner nicht spotten. Am Vorabend von Portunkula gingen mehrere Touristen durch das Balfertal zur Geraerhütte am Opperer. Welcher Religion diese Gesellschaft angehörte, kümmerte niemanden, wohl aber erregten die gotteslästerlichen Spöttelchen und Witze sowie die höchst mangelhafte Bekleidung derselben die Gemüter der frommen Talbewohner in höchstem Grade. „Werds sehen, die kommen mit ganzer Jurüd.“ hörte man die Leute sagen, „denn Gott läßt seiner nicht spotten!“ Und richtig, im Laufe des Portunkulasonntags brachten sie einen der Ihren auf der Tragbahre, übel zugerichtet, talwärts. Bedauert wurde der Verunglückte von niemandem.

Die hochwürdigen Redakteure des „Volksboten“ stellen sich den lieben Gott eben nach ihrem Ebenbilde vor, als einen rachsüchtigen Pfaffen, der dreinhaut, wenn er sich beleidigt glaubt. Ob eine solche Vorstellung von Gott nicht eine ärgere Gotteslästerung ist als die angebliehen gotteslästerlichen Witze der Touristen?

Die Sanktionen. In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ lesen wir: Eine Gerichtsverhandlung, die vergangenen Dienstag vor dem Bezirksgericht in Enns stattgefunden hat, illustriert die Notlage oberösterreichischer Bauern auf das treffendste. Achtzehn Bauern aus Hagelsberg standen vor dem Bezirksrichter und hatten sich wegen Hatzardspiels zu verantworten. Diese „arme“ Hagelsberger Bauerngesellschaft unterhielt sich auf der Regelbahn mit dem bekannten „Schanzeln“, der Schub kostete „nur“ 450.000 K; die armen Bauern konnten sich es ja leisten! Unter der sauberen Gesellschaft sind mehrere, die schon ganz empfindlich wegen Preistreibererei, Hatzardierens und Wachebeleidigung vorbestraft sind. Insgesamt wurden die 18 Angeklagten zu einer Geldstrafe von 20.200.000 K verurteilt. Die „abgebaute“ Beamten, die Arbeitslosen und Kurzarbeiter haben also einen Trost: Es gibt Leute, die vom Seipel saniert werden: Schieber, Bankiers, Großindustrielle und Großbauern.

Die Betrugssaffäre des Nationalratskandidaten Micoch. Vor einigen Tagen berichteten wir, daß in Wien der christlichsoziale Nationalratskandidat und Präsident des Allgemeinen Staatspensionistenvereins, Josef Micoch, wegen Betrügereien verhaftet wurde. Ueber die Unterjudung wird uns nun aus Wien gemeldet: Die Zeugenaussagen belasten Micoch sehr schwer, und die Prüfung der konfiszieren Berechnungsbücher und Berechnungsdokumente bekräftigt die gegen ihn erhobenen Anklagen. Vereinsgründungen waren schon immer das Weite des Präsidenten Micoch, der früher Gendarmerieinspektor war. Im Jahre 1912 gründete er einen Gendarmeriepensionistenverein, im Jahre 1917 den Staatspensionistenverein und einige Tage vor seiner Verhaftung den Zentralverband der Bundespensionisten Oesterreichs. Mit den Vereinsgründungen machte er gleichzeitig seine eigenen Zeitungsgeschäfte. Micoch wußte das Vertrauen der Vereinsmitglieder dadurch zu stärken, daß er seiner Tätigkeit einen politischen Hintergrund gab. Er erzählte offen, daß er das Vertrauen des Bundeskanzlers mit dem Versprechen erwarb, daß er bei den Nationalratswahlen 40.000 Stimmen für die christlichsoziale Partei zu sichern imstande sei. Im Jahre 1920 war Micoch selbst christlichsozialer Kandidat und machte auch jetzt für die Christlichsozialen eine große Wahlpropaganda. In der letzten Nummer seiner Vereinszeitung, die noch einige Tage vor seiner Verhaftung erschien, schrieb er demagogische Heftartikel, beschimpfte die „roten Gesellen“ und schloß mit den Worten: „Wir haben gesehen, was uns die Jahre anderer Regierungen gebracht haben. Nichts als Hunger, Elend und Not; und um uns vor dieser Gefahr zu schützen, müssen wir jeden Kampf aufnehmen, um dies mit eiserner Faust abzuwehren. Der Sieg muß uns gehören, wenn wir nur auf ein halbwegs menschliches Dasein rechnen wollen.“ Micoch hat gleichzeitig für seine eigene Person Stimmungen gemacht und ließ in seiner „Zeitung“ schreiben: „Solange unser Herr Prälat Reichsstaatsrat ist, und unser Präsident lebt, wird auch unser Staatspensionistenverein aufrechterhalten bleiben; wir halten uns fest an euch, solange wir leben.“ — Micoch hat sich jedenfalls sehr fest an seine Pensionisten gehalten. Seine Brieftasche ist dabei nicht schlecht gefahren.

Pfaffliche Pietätlosigkeit. Aus Temesvar wird berichtet: Borige Woche fand in Temesvar das Begräbnis des zwölfjährigen Josef Wilhelm, Sohn der Turularbeiterin Angela Wähelem, wohnhaft in der Fabrik Turulkolonie, statt. Die Mutter bestellte den Leichenzug durch die Mugltagasse, da sie nicht wollte, daß ihr Kind seinen letzten Weg über den unbetrohten Weg am Rande der Fabrik mache. Um 6 Uhr herum hatte sich ein Wind entfesselt. Dies schien den zum Begräbnis erschienenen Kaplan der Fabrik Pfarrkirche nicht gefallen zu haben, denn er kam aufgeregt in das Trauerhaus, verrichtete seine Pflichten in einem ungewohnten hastigen Ton und Form, nur um fortzukommen. Wirkte schon dies unangenehm, so wurde der „Jünger“ des Liebes und Duldsamkeit predigenden Christi auf der Straße gerabesum zum Pietätstörer. Als der Leichenzug die Richtung nach der Mugltagasse einschlug, schrie er die an der Spitze des Leichenzuges schreitenden Leute der Leichenbestattung an, und erklärte, nicht den Unweg durch die Mugltagasse machen zu wollen (obwohl dieser voraus bezahlt war) und befahl, auf der näheren Randstraße zu gehen. Dieses pietätstöße, unfreundliche Verhalten

Aufgelassene Schulkurse. Der Minister für Schulwesen und Volkskultur hat mit dem Erlasse vom 27. Juni 1923 die Auffassung des staatlichen Epikurkurses in Dörnsdorf (Bezirk Preshing) mit 31. August 1923, ferner mit Erlaß vom 27. Juli 1923 die Auffassung des Epikur-

ten entsefelte bei den als Trauergäste anwesenden Turnarbeitern und -arbeitern einen Sturm der Entrüstung. Zahlreiche Schimpfereien gegen den Kaplan wurden hörbar und es fehlte wirklich nicht mehr viel, daß er den erbosten Frauen in die Hände fiel. So stiftete der „Diener des Herrn“ statt Bistät Aergeris, was keineswegs zur Linderung des Schmerzes der Eltern beitrug.

Kriegsdrillungen des Roten Kreuzes. Dem Berichte des Schwedischen Roten Kreuzes auf dem Internationalen Kongress in Genf zufolge, ist Schweden imstande, in Kriegszeiten 47 Krankenhäuser mit 8500 Betten einzurichten. Es hat im ganzen 19.000 Betten zur Disposition und es können gleichzeitig ca. 10.000 Konvaleszenten gepflegt werden.

Entsetzliche Brandkatastrophe in Brooklyn. Aus New York wird gemeldet, daß bei einem Großfeuer in Brooklyn durch den Einsturz eines Hauses 55 Feuerwehrleute verschüttet wurden; acht Beichen wurden bisher geborgen.

Ein japanisches Unterseeboot gesunken. Aus Tokio wird gemeldet: Ein japanisches Unterseeboot ist gesunken. Elf Seeleute wurden gerettet, fünf und achtzig werden vermißt.

Eine Ausstellung des britischen Reiches. Eine Vorbereitung der für das nächste Jahr in London vorbereiteten Ausstellung des britischen Reiches werden die kleinen Ansiedlungen sein, in welchen die Eingeborenen ihr gewohntes Leben führen werden. Die Besucher der Ausstellung werden sich eine Vorstellung von der Art des Lebens der Chinesen, Indier, Malaien, der Bewohner Westafrikas, der Senegalen und der Indianer machen können. Die Abreise von Hongkong z. B. wird eine Gasse enthalten, welche eine treue Abbild des Charakters dieser britischen Kolonie bieten wird. Chinesische Eingeborene werden ihr heimisches Gewerbe vorführen, und in den chinesischen Restaurationen wird schließlich chinesisches Personal bedienen. Die Ausstellung von Guahana wird die Tätigkeit der Eingeborenen auf den Diamantensfeldern anschaulich darstellen.

Eine Mutilat. Der zuletzt in den Fichtel- und Sachs-Werken in Tirschnitz bei Pürsteln beschäftigte gewesene 33jährige Landwirt Johann Albin Kiliß aus Bogran verließ vor einigen Tagen abends seine Wohnung, um nach Widmütz zu gehen. Unterhalb der Hammerröhre bei Widmütz wurde nun die Leiche des Kiliß, mit dem Kopf in der Erde liegend, aufgefunden. Die Leiche war furchtbar verstümmelt: der Bauch war aufgeschlitten, drei Finger der rechten Hand waren abgeschnitten und die Brust dreimal durchstoßen. Die Gendarmerie hat bereits zwei Verhaftungen vorgenommen. Man vermutet, daß es sich um eine Eifersuchtstat handelt.

Gendarmenmord. Zur Meldung der „Radoni Politika“ über den während der Fahrt von Saaz nach Raaden auf der Hauptstraße erfolgten Ueberfall auf den Inspektor Stöhr wird mitgeteilt, daß einer der Räuber namens Alois Billa Dienstags abends in Jaboran festgenommen und von dem Kommandanten der Gendarmenstation in Fünfhunden, Oberwachmeister Josef Wagsl, verhaftet wurde. Billa tötete aber den Oberwachmeister durch einen Revolverbeschuß und ergriff, wie wohl er auch verletzt wurde, die Flucht. Es wurden energische Nachforschungen nach ihm eingeleitet. Neben Billa wurden wegen Teilnahme an dem Ueberfalle noch vier Personen festgenommen und dem Gerichte eingeliefert. Das Begräbnis des Oberwachmeisters Magas findet am Freitag in Fünfhunden statt. Nach einer Mitteilung des Gendarmenkommandos wurde Billa bereits verhaftet und außer ihm noch insgesamt fünf Personen.

Einsturz beim Konsumverein in Eichwald bei Tepliz. In die Räumlichkeiten des Konsumvereins in Eichwald bei Tepliz wurde in der Nacht vom 18. August ein Einbruch verübt. Der Räuber fielen Lebensmittel und Textilwaren im Werte von 19.000 K in die Hände. Die Gendarmerei forscht eifrig nach den Tätern.

Witterungsübersicht am 22. August. Das Auherkrafttreten der abziehenden Oststörung war Dienstag in der ganzen Republik von Ausbreitung und Erwärmung gefolgt, nachdem noch ganz vereinzelt einige Regenspritzer niedergegangen waren. Trotzdem die Sonnenscheindauer auf sieben bis elf Stunden zunahm, wurden jedoch nirgends sommerliche Temperaturen (25 Grad C.) erreicht, ja in der Slowakei führte die starke nächtliche Ausstrahlung der Temperatur auf vielen Stellen (St. Schmolovec, Lufener, Raßlau) bis auf 6 Grad C. herab (Draßky Bodjamat 3 Grad C.). Am höchsten hielt sich die Nachttemperatur am Westfuß der Kleinen Karpathen (14 Grad C.), von denen herab Böhm weht. Das wolklose Wetter war nur von kurzer Dauer. Ein Ausläufer der umfangreichen nordwestlichen Depressions (Zentrum Skotland-Inseln) ist Mittwoch früh bis Mitteleuropa vorgedrungen. Sein Herannahen äußerte sich in Böhmen schon am Vormittag in Trübung und radiotelegraphischen Störungen. An seiner Rückseite fiel über den Westalpen bereits Regen (zehn bis 25 Millimeter). — Wahrscheinliches Wetter am 23. August: Nach Gewitterregen veränderlich, fahler, Westwinde.

Prager Chronik.

Deutsche Bürgerschule für Knaben und Mädchen (sechste Klasse) verbunden mit der vierten Klasse (einjähriger Lehrkurs), Prag, 1000—1.

Einschreibungen am 30. und 31. August und am 1. September von 9 bis 12 Uhr. Eventuelle Prüfungen an denselben Tagen von 2 bis 6 Uhr. Bezüglich Aufnahme in den vierten Jahrgang siehe die Ankündigung im Hauskur. Prag I, Masná ulice Nr. 1000.

Aus dem Polizeibericht.

Dienstag abends wurde das Dienstmädchen Franziska Cejner in der Wohnung ihrer Dienst-

geberin in Lieben blutüberströmt aufgefunden. Die Cejner gab an, daß sie von einer gewissen Frau Fisek, die von ihr Wäsche und Strümpfe verlangte, verletzt wurde. Die Untersuchung hat jedoch ergeben, daß sich die Cejner die Stiche selbst beigebracht hat, und es wurde daher die inwischen verhaftete Frau Fisek freigelassen. Die Cejner wurde dem Gerichte eingeliefert. — Dienstag nachmittags wurde die Polizeidirektion verständigt, daß in der Wohnung des Fabrikanten Jentner in der Lühovstraße ein Einbruch verübt wurde. Die Polizei hat festgestellt, daß der Einbruch von dem die Anzeige erstattenden Beamten Schwarz in Gesellschaft eines gewissen Groh durchgeführt wurde. In die Kasse sind noch ein gewisser Rodak und ein gewisser Zenska, beide Schlossergesellen, verwickelt. In der Wohnung wurden Schmuckgegenstände und Pelze im Werte von 20.000 K gestohlen.

Kleine Chronik.
Zur Geschichte der Seife.

Man kann es sich kaum vorstellen, daß die Menschheit jahrhundertlang die Seife als Reinigungsmittel überhaupt nicht gekannt hat. Zwar kommt schon im Alten Testament der Ausdruck Seife öfter vor, das beruht aber zweifellos auf einer Uebersetzungsfehler, denn das Altertum hat diese wichtige Erfindung erst verhältnismäßig spät kennengelernt. Das in der Bibel vorkommende Wort *borid* bedeutet Laugesalz oder Pottasche. Die alten Ägypter verwendeten als Reinigungsmittel Holzasche oder Pottasche, Seife aber kannten sie noch nicht.

Im vierten Buch der Odyssee beschreibt Homer mit großer Genauigkeit einen Waschtrog der Königtöchter Kerkira, die von ihrer Mutter an den Fluß geschickt wird, um zusammen mit den Mädchen Wäsche zu waschen. Man gab ihr Speisen und Wein, sowie Öl in goldener Flasche zum Salben nach vollbrachter Arbeit mit, von Seife aber ist nicht die Rede. Den Helden des trojanischen Krieges wurde, ebenso wie den Griechen und Römern, wenn sie jemandes Gastfreundschaft genossen, stets zuerst ein Bad bereitet. Hinterher salbte man sie mit wohlriechendem Öl. Bei dieser Prozedur wird die Seife niemals erwähnt. Im alten Rom reinigte man das Gesicht mit feingeschlemmter Erde, der sogenannten *Wallererde*, sowie mit seifenhaltigen Pflanzen (Mauerpfeffer und Seifenkraut). Lauge, Pottasche und Soda fanden ebenfalls Verwendung. Die griechischen und römischen Schriftsteller der ersten Jahrhunderte christlicher Zeitrechnung sprechen wiederholt von der Seife, die meist aus Gallen und Germanien eingeführt wurde, aber hauptsächlich als Heil- und Haarverschönerungsmittel diente. Plinius erwähnt die Seife als germanische Erfindung. Sie bestand aus Talg und Asche (Kochsalz und Buchenrinde) und kam aus Germanien, wo die Männer sie zum Einfechten der Haare benutzten. Die Römer setzten der Seife Farbstoffe, namentlich gelbes Ocker, zu, um den Haaren die damals sehr beliebte blonde Farbe der Germanen zu geben. Nach dem Einfall der Barbaren und Teutonen, sowie nach den germanischen Kriegen, wurde das Blond der Germanen in Rom Modefarbe. Die vornehme Römerin färbte ihr Haar mit einer aus der Gegend von Wiesbaden stammenden Masse. Plinius berichtet von einer feinen und einer flüssigen Seife. Als erster erwähnt Valenus im zweiten Jahrhundert n. Chr. die Seife als Reinigungsmittel. Demnach beruht es auf einem Irrtum, daß sie in der italienischen Stadt Savona, von der sie ihren lateinischen Namen *sapo* haben soll, erfunden worden ist. Ein Schriftsteller des vierten Jahrhunderts spricht bereits vom Kopfwaschen mit Seife und vom Beruf des Seifensieders (*saponarius*).

Nach im Mittelalter war der Gebrauch der Seife als Waschmittel eine Ausnahme. Mit Recht erklärt Liebig den Seifengebrauch für einen Kulturmesser der Völker. Hierfür spricht unter anderem die Tatsache, daß zum Beispiel auf jeden Engländer jährlich circa 14 Pfund Seife kommen, auf einen Russen aber nur 750 Gramm! Um die Mitte des 17. Jahrhunderts nahm die Seifenfabrikation einen gewaltigen Aufschwung, damals entstanden in rascher Folge zahlreiche Seifensiedereien. Aus jener Zeit stammt die erste klar verständliche Vorschrift zur Herstellung von harter Natronseife aus Baumöl, Kochsalz und Kalklauge. Zur Verbesserung der Seife haben französische Forscher viel beigetragen, allen voran Chevreul, der 1813 bis 1825 eingehende Untersuchungen anstellte, die er in einem großen Werk niedersetzte. Seitdem ist die Seifenfabrikation immer mehr vervollkommen worden. Da die tierischen Fette nicht mehr ausreichen, den Bedarf zu decken, führte man Kolos- und Palmöl ein, die heute noch in reichem Maße Verwendung finden. Ernst Edgar Reimer.

Die Nacht der Wohnheile. Von einem der vornehmsten und bekanntesten Richter von London, der heute noch amtiert, erzählt man sich ein höchst schmerzhaftes, wenn auch schon eine Reihe von Jahren zurückliegendes Erlebnis. Der Richter hatte den Vorsitz in einer Versammlung übernommen, in der ein aus Südamerika zurückgekehrter Forscher über die Länder einen Vortrag halten sollte, die er durchstreift hatte. Zur festgesetzten Stunde nahm auch der würdige Richter den Präsidentensessel ein und gab dem Forscher das Wort. Anscheinend kümmerte ihn das Leben der Indianer Südamerikas sehr wenig, denn während der Forscher sprach, verlor der Herr Vorsitzende in einen sanften Schlaf und verlor in seinem Nickerchen jede Kenntnis von Raum und Zeit. Derweil sprach der Vortragende mit Geist und Laune; er wußte seine Hörer zu fesseln und auch humorvolle Episoden einzuflechten, deren eine ein vollständiges Lachen des Auditoriums hervorrief. Bei dem lauten Lachen erwachte der Richter aus seinen Träumen — aber nur unvollkommen. Denn plötzlich nahm er eine ernste Miene an, warf sornige

Blicke um sich und rief mit donnernder Stimme: „Ich mache darauf aufmerksam, daß hier jede Kundgebung unterjocht ist. Wenn dieses unpassende Lachen sich noch einmal wiederholt, lasse ich den Saal räumen.“ Redner und Publikum, zuerst starr vor Staunen, brachen natürlich sogleich in noch schallenderen Gelächter aus, das den Richter vollends aufweckte.

Camberra, Australiens neue Hauptstadt. Aus Australien eingehende Nachrichten besagen, daß das neue Bundesparlament, das in zwei Jahren gewählt werden soll, seinen Sitz in der neuen Bundeshauptstadt finden wird, mit deren Bau auf einem nördlich von Melbourne gelegenen Terrain man gegenwärtig beschäftigt ist. Mit den Bauarbeiten hat man bereits vor zehn Jahren begonnen und ein großer Teil der öffentlichen Gebäude, die die Ministerien und das Parlament aufnehmen sollen, ist schon fertiggestellt. Die neue Bundeshauptstadt wird den Namen *Camberra* erhalten und soll für Australien das werden, was Washington für die Vereinigten Staaten und Ottawa für Kanada ist. Die neue Stadt erhebt sich inmitten einer wellenförmig verlaufenden Hochebene, die von Wäldern und Wiesen bedeckt und von drei Seiten von Bergen umgeben ist. Die vierte Seite öffnet sich nach der Richtung des Meeres, von dem die Stadt der Bundesregierung kaum hundert Kilometer entfernt ist. Das mittlere Niveau der Hochebene liegt etwa 700 Meter über dem Meeresspiegel, so daß das Klima über alles Lob erhaben und vor allen Dingen der großen Hitze nicht ausgesetzt ist, unter der die an der Küste liegenden Städte Australiens so oft schwer zu leiden haben. Die ganze Hochebene ist zum Bundesgebiet erklärt worden und infolgedessen politisch und verwaltungsmäßig unabhängig von den einzelnen australischen Staaten. Um dem Bundesgebiet das höchstmögliche Maß von Freiheit und Selbständigkeit zu sichern, ist es durch einen Korridor mit dem Meere verbunden. Den Korridor durchquert eine Eisenbahn, die eigens für diesen Zweck gebaut wurde, und die in Jarvis Bay mündet, einem Riesenhafen, der groß genug ist, um die gesamte britische Flotte aufnehmen zu können.

Aus Natur und Technik.

Ursprung des Wasserstoffs im Weltraum. Geateten Eisenstücke aus den sogenannten vorderen Teilen der Eisenmühlstraße in den begrenzten Schwebereich der Sonne, so schmilzt ein Teil in Sonnenhitze, der andere gelangt als Ganzes in die Sonne, verdampft aber nicht sofort, sondern umgibt sich mit einer aus den Sonnenabgasen bestehenden bimolekularen Schumannstrahlung, die das Zusammenfließen des eingeschlossenen Eisens verhindert. Durch Einsturz eines neuen Volkanen oder metallisch erdigem Meteor beginnt die Entwicklung des Wasserstoffes und Schaffung eines Auspufftrichters nach der Sonnenoberfläche. Infolge der Verflüchtung der Trichterwände mit den Weißglutgasen der Sonnenphotosphäre erfolgt nun eine Spaltung des Wasserstoffes in Sauerstoff und Wasserstoff, ersterer bleibt im Ringwulst der Trichterwand gebunden; letzterer aber entweicht und ist jedem Sonnenbeobachter wohl vertraut. Unberührt bleibt nach Fische der hochdruckige Dampf im Innern des Trichters und wird schließlich als Dampfstrahl in Gegenrichtung von circa 270 Grad geschleudert, bringt die dortigen Dampfbläschen zum Gefrieren und wird so als Koronastrahl sichtbar, nämlich als Koronastrahlabblung in Form von Eisnadeln, welche wie als Jilzswollen fern. Durch die Druckwelle eines solchen Auspuffes aus der Sonne werden also die obersten aus Wasserstoff bestehenden Luftschichten auseinander gelassen. Sie werden aber auch durch die Anziehungskräfte des Mondes in Höhen emporgetrieben, in denen diejenigen der Erde nicht mehr ausreichen, um das Ausdehnungsbestreben des Gases zu überbieten, um es festzuhalten. So erfolgt nun ein Abströmen des Wasserstoffes in den Weltraum und durch die Gasflucht eine Luftverdünnung und bezweckt Luftverarmung der Erde. Dort, wo sie am größten ist, herrscht auch Wasserarmut, hier liegt die Zone des Eisgürtels. Hier tritt die grimmigste Weltraumfalte ein, steht die Wiege einer Eiszeit. Mit Mondannäherung in den Gebieten des Eisgürtels tritt Luftverdünnung ein und damit ein Eindringen der Weltraumfalte in die Erdbühne.

Betonierte Autostraßen. Die Unzulänglichkeit des heutigen Straßenbaus gegenüber den Anforderungen, die der Kraftwagen stellt, kann die Weiterentwicklung des Kraftwagenverkehrs behindern. Wohl hat man allmählich in den Kreisen der Benutzer von Kraftwagen eingesehen, daß es ihre eigene Sache sei, einen erheblichen Teil zu den Kosten der Erhaltung der Straßen beizutragen, auf deren guten Zustand ihre Fahrzeuge angewiesen sind. Dagegen hat man bei den Behörden noch nicht genügend erkannt, wie nutzlos die Ausgaben für einfache Ausbesserungen der Straßenbeden sind, weil sie den vorhandenen Schäden bestenfalls auf Wochen abhelfen. Die Mittel werden besser benutzt, den ganzen Aufbau der Straßenbede abzuändern, um widerstandsfähigere Straßenkörper zu schaffen und die Zukunft des Kraftwagenverkehrs auf Landstraßen sicherzustellen. Für solche Straßen ist gewöhnlicher Stampfbeton nach den umfangreichen Erfahrungen, die man in den Vereinigten Staaten und in England gemacht hat, der geeignete Baustoff. Seine Verwendung bietet für den städtischen Straßenbau nichts Neues, wo man längst den Untergrund für Holz- oder Asphaltplaster daraus herstellt. Das Neue für den ländlichen Straßenbau besteht nur darin, daß die Betonbede den Verkehr unmittelbar aufnehmen soll und daher gegen Abnutzung durch eiserne Rufe oder Radreifen genügend widerstandsfähig sowie zum Schutz gegen Frostschaden wasserdicht gemacht werden muß. Als Mittel hierfür haben sich wässrige Lösungen von Natronwasserglas bewährt, womit man die Oberfläche der in der abfließen Weise gestampften und mit eisernen Handwerkzeugen geglätteten Betonbede behandelt. Gegenüber den allerdings hohen Kosten, die der Bau einer Betonstraße erfordert, bietet eine

solche Straße, abgesehen von ihrem geringen Bohr- widerstand, den großen Vorzug, daß die Kosten ihrer Erhaltung im allgemeinen auch bei schwerstem Verkehr wesentlich geringer als bei anderen Arten von Straßen sind. Die Richtigkeit dieser Erwägungen wird durch die Fortschritte bewiesen, welche der Bau von Betonstraßen in den letzten Jahren im Ausland gemacht hat. In den Vereinigten Staaten hat man der Umschau zufolge, seit 1910 insgesamt rund 40.000 Kilometer Betonstraßen gebaut, und in England hat allein die Zahl der öffentlichen Betonstraßen 158 erreicht, wozu noch 140 Straßen in Fabrikanlagen, Soldatenlagern usw. kommen.

Das Geheimnis der Waldbrände. Die entsetzlichen Schadenfeuer in den Wäldern? Die Ursachen, die man gewöhnlich angibt — verbrecherische Anschläge, Sorglosigkeit der Raucher, Funken aus der Lokomotive — sind Rotbehalte einer Erklärung, die nur für vereinzelte Fälle ausreicht. Im allgemeinen obwaltet hier ein Geheimnis, für das der französische General Chapel auf Grund langjähriger, eingehender Beobachtungen eine annehmbare Lösung gefunden zu haben glaubt. Die überaus große Zahl der unbekannteren Waldbrandursachen scheint ihm in mathematischer Sinne für die Wahrscheinlichkeit des Bestehens eines bis zur Stunde noch unbekannteren Anlasses zu sprechen. Nach seiner Ansicht ist dieser in der Unstetigkeit zu suchen, die nicht nur in Gestalt der elementaren Kraftänderung des Bliges in Erscheinung tritt, sondern ihr zündendes Werk in der verschleierte Verkleidung von Funken verrichtet, die zwischen zwei gelegentlichen Kondensatoren überspringen und im Zusammenhang mit oszillierenden Entladungen mehr oder weniger entfernter Gewitter stehen. Im Gegensatz zu dem leuchtenden Blig im Raum betreffen diese Funken schweigend und ohne Unterbrechung an der Oberfläche des Bodens ihr Werk. Zur Unterstützung seiner Theorie der Entstehungsurache der Waldbrände führt Chapel eine außerordentlich große Zahl von Fällen an, die er im Verlauf von über 25 Jahren zu beobachten Gelegenheit hatte. So entlud sich beispielsweise am 5. April dieses Jahres in der Umgebung von Paris das erste Gewitter des Frühjahrs. Trotz den ungünstigen Temperaturverhältnissen brachen am nächsten Tag im Walde von Fontainebleau sowie in den Forsten von Gravelle und der Champagne umfangreiche Waldbrände aus. Man spricht von der Elektrizität, so führt Chapel aus, wie von einer bekannten Wissenschaft, während sie in Wahrheit noch von einem dichten Schleier des Geheimnisses umgeben ist, der so undurchdringlich ist, daß bis zur Stunde kein Mensch auf die Frage, was Elektrizität ist, eine befriedigende Antwort geben kann. Angefichts der Ueberschreibungen, die sie uns jeden Tag bereitet, liegt durchaus kein Grund vor, es von vornherein für unmöglich zu erklären, daß zwischen zwei Strohhalmchen oder zwei Baumzweigen eine Funkenentladung vor sich gehen kann.

Ballistik und Sozialpolitik.

Kreis-Konferenz der Unionsgruppen im Niederlande.

Eine Kreis-Konferenz der Betriebsausschüsse und Vertrauensleute der Union der Textilarbeiter für die Sekretariatsgebiete Warnsdorf und Rumburg fand am 19. August in Rumburg statt. Gen. Thiele-Warnsdorf sprach über die „Wirtschaftslage und die gewerkschaftlichen Aufgaben“. Die anschließende Debatte ergab die vollste Uebereinstimmung mit dem Referat. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung „Die Urlaubsfrage im Kreisgebiete“ sprach Gen. Böhm-Rumburg. Er schilderte die Versuche der Unternehmer, welche darauf hinausgingen, besonders in jenen Betrieben, wo die Arbeiterschaft erlassen und wieder aufgenommen wurde, den Urlaub zu hinterziehen. Von der kommunistischen Sektion der Textilarbeiter in Reichenberg lagen schriftliche Vorschläge, betreffend ein gemeinsames Vorgehen der beteiligten Organisationen in der Urlaubsfrage, vor. Gen. Böhm erklärte, daß über diese taktische Frage die heutige Konferenz zu entscheiden habe. Nach einer lebhaften, sehr sachlichen Debatte wurde ein Beschluß gefaßt, in dem zunächst festgestellt wird, daß die Vertrauensleute und Betriebsausschüsse, einschließlich der Beamten der Gewerkschaft, schon seit Wochen alles unternommen haben, um der in den Textilbetrieben beschäftigten Arbeiterschaft den Urlaub für das Jahr 1923 zu sichern. Den unermüdbaren Bemühungen der Vertrauensleute und Betriebsausschüsse ist es gelungen, wird in dem Beschluß ausgeführt, für die Arbeiterschaft erfolgreich zu wirken. Nur in jenen Betrieben waren die Bemühungen erfolglos, wo durch die kommunistische Partei die einstmals geschlossene Textilarbeitergewerkschaft mit Hilfe niedriger, früher niemals angewandter Kampfmethoden zertrümmert wurde. Besonders sind es einige Betriebe in Warnsdorf, wo der Arbeiterschaft der Urlaub verweigert wird und wo durch die Spaltung der kommunistischen Partei die Arbeiterschaft aktionsunfähig wurde und zum Teil dem Indifferenzismus verfallen ist. Die Versammlung stellt weiter fest, daß die von der Sektion der kommunistischen Textilarbeiter in der Urlaubsfrage uns unterbreiteten Vorschläge durch die wochenlangen Bemühungen unserer Vertrauensleute und Beamten erfolgreich angewandt wurden. Aus diesem Grunde erklärt die Versammlung, daß eine gemeinsame Beratung mit der Sektion der kommunistischen Textilarbeiter über die Urlaubsfrage im gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Erfolg verspricht. — Unter Punkt: Allgemeines wurde unter anderem auch der Beschluß gefaßt, Kreis-Konferenzen in Zukunft monatlich vierteljährlich abzuhalten. Mit der Aufforderung zu weiterer unermüdblicher Organisations- und Schulungsarbeit im Dienste unserer guten Sache schloß der Vorsitzende Gen. Müller die Konferenz.

Rassenscheidung in der Brüxer Glasfabrik. Bei der letzten Lohnauszahlung in der Brüxer Glasfabrik am Samstag wurde von der Leitung des Unternehmens 260 Arbeitern die vierzehntägige Kündigung überreicht.

Ziegeln aus Kohlenabfällen. Der Ing. Welfer in Böhlen hat ein Verfahren zur Herstellung von Ziegeln aus Kohlenabfällen und Kohlenasche erfunden, die neben unbegrenzter Haltbarkeit, leichtem Gewicht und großer Druckfestigkeit den Vorteil haben, daß sie nur halb so teuer sind, wie die gebräuchlichen Ziegel.

Berliner Zeitungspreise. Nach der 'Frankfurter Zeitung' haben die Berliner Blätter für September durchschnittlich einen Monatsbezugspreis von 2,5 Millionen Mark in Aussicht genommen! Schon heute kostet ein Morgenblatt der bürgerlichen Berliner Zeitungen 50.000 Mark; der 'Vorwärts', der auf die Notlage seiner Arbeiterleser Rücksicht nehmen muß, verlangt heute 30.000 Mark, beziehungsweise 15.000 Mark für eine Nummer.

Erklärungen des polnischen Feuerungskommissars in der Juderfrage. Der polnische Feuerungskommissar hat Vertretern der Warschauer Presse gegenüber erklärt, daß der Juderangel auf dem inneren Marke in Polen vollständig ungerechtfertigt sei.

Das Verhalten der polnischen Feuerungskommissars in der Juderfrage. Der polnische Feuerungskommissar hat Vertretern der Warschauer Presse gegenüber erklärt, daß der Juderangel auf dem inneren Marke in Polen vollständig ungerechtfertigt sei.

Behalte in Weizenwährung in Ungarn. Die Berichte aus den neuen Staaten melden aus Budapest: Die ungarisch-italienische Bank, d. i. die Erste ungarische Bank, die Weizenschuldverschreibungen ausgegeben hat, zahlte vom 1. August 1923 an die Gehalte ihrer Angestellten in Weizenwährung aus.

Die tschechische Krone notiert in: Wien 156.000/00

Prager Kurse am 22. August. 100 holl. Gulden . . . 1367/00

Zürcher Schlusskurse am 22. August. Paris 81.50/00

Aus der Partei. Jahresbericht der Bezirksorganisation Bensen. Die Jahreskonferenz der Bezirksorganisation, welche am 19. August stattfand, war durch 38 Delegierte aus dem Bezirke vertreten.

Welcher mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde. Bezüglich der Presse bleibt noch immer viel zu wünschen übrig, da viele Arbeiter immer noch nicht zu der Erkenntnis gekommen sind, daß es ihre Pflicht ist, die Arbeiterpresse zu abonnieren.

Welcher mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde. Bezüglich der Presse bleibt noch immer viel zu wünschen übrig, da viele Arbeiter immer noch nicht zu der Erkenntnis gekommen sind, daß es ihre Pflicht ist, die Arbeiterpresse zu abonnieren.

Bezirkskonferenz Duz. Sonntag, den 19. August fand in Duz die ganzjährige Bezirkskonferenz statt. Die Konferenz war von 47 Delegierten und elf Gästen besucht.

Sammlungsaufruf für den Monat Juli 1923. Parteifonds: 9. Bodenbach 2000 K, 11. Kuffig 1200 K, 12. Trautman 600 K, 16. Reichenberg 520 K, 17. Wies 1000 K, 17. Teplitz 1800 K, 23. Karlsbad 734 K, 24. Brünn 1600 K, 27. Karlsbad 1334 K, 28. Troppan 800 K.

Wetterberichte. Der Staatsanwalter für Meteorologie in Prag. 22. August 1923 morgens

Table with weather data for various locations including Prag, Brünn, Reichenberg, etc. Columns include temperature, wind direction, and weather conditions.

Turnen und Sport. Fußball. Kommende Wettspiele in Prag: Samstag: Meisterschaft 1. Kl.: Rußst. gegen Slavia. Meteor VIII gegen MFC.

Berausgeber: Dr. Ludwig Ege und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.

Julius Meinl. Kaffee-Import, Tee-Import, Kakao, Schokolade, Prag VIII, Královská tř. Illustration of a sailing ship.

In einer Stunde Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad. unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Die Glücksbude. Erzählung von Ernst Brezgang. Friedrich legte sich in irgendeiner Ecke des Hauses nieder; Jeremi wäre gern bei ihm geblieben, aber die Mutter wies ihn auf sein Bett im Wagen.

Erst erschien ihr wie eine Sinnestäuschung. Mählich hörte sie es deutlicher. Es kam hinter der spanischen Wand hervor, die den Raum des Knaben vom übrigen Wagentinnern trennte.

„Er träumte.“ „Ich weiß, wer es angestekt hat. Der Geizbauer. Ganz deutlich hab ich's gesehen. Er hob den Stuhl, um auf Friedrich zu schlagen.“

„Du träumst.“ „Nein, ich glaube, das Kind ist krank. Und du willst es in die Fremde schicken.“ Frau Trude seufzte; sie antwortete nicht.